

Marion Bradl/Torsten Groß

## **Bürgerschaftliches Engagement und die Gestaltung von Integrationsprozessen**

### **Das Kooperationsprojekt *gemeinsam engagiert* als gutes Praxisbeispiel**

Die Gestaltung von Integrationsprozessen – darüber gibt es inzwischen einen breiten politischen Konsens – ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Mitwirkung des Staates und der Zivilgesellschaft, der Mehrheitsgesellschaft und der Menschen mit Migrationshintergrund erfordert. Bürgerschaftlichem Engagement kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, verweist es doch immer auch auf Möglichkeiten der Mitgestaltung sowie auf die Mitverantwortung für Gemeinwesen und Gesellschaft. Denn wer sich freiwillig und unentgeltlich engagiert, sei es in der Nachbarschaft, im Stadtteil oder im Verein, „möchte nicht nur etwas ganz konkret tun – etwa jemanden helfen oder einen Missstand beseitigen –, sondern damit auch die Gesellschaft, zumindest im Kleinen, gestalten“ (Naumann/Klein 2010: 27). Bürgerschaftliches Engagement hat also per se bereits eine integrative Funktion und Wirkung. Für die Gestaltung von Integrationsprozessen ist es darüber hinaus auch Motor und Ausdruck gelebter Integration.

In der Bundesrepublik Deutschland hat Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration eine gewachsene Tradition und entfaltet vielfältige Formen, Themen und Akteur/innen. Ausgerechnet im Bereich Integration wurde lange Zeit aber nur das Engagement der Mehrheitsgesellschaft für Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne ihrer Betreuung durch Einheimische wahrgenommen. In ihrer Rolle als engagierte Akteur/innen der Zivilgesellschaft wurden Migrant/innen selbst hingegen lange übersehen. Gerade gegenüber Migrant\*innenvereinen herrschte vielmehr Skepsis, gerieten sie doch allzu oft unter den Verdacht der Abschottung und der Entwicklung sogenannter Parallelgesellschaften.

Mittlerweile sind die identitätsstiftende, den sozialen Zusammenhalt stärkende und für die individuelle Handlungskompetenz förderliche Funktion von Migrant\*innenorganisationen (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007: 173f.) sowie die Bedeutung des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund für Integrationsprozesse anerkannt und erfahren in Politik, Forschung und Projektförderung große Aufmerksamkeit. So hat beispielsweise die noch junge Engagementforschung das

Thema vor einigen Jahren aufgegriffen und seither unter anderem einen großen Anteil dazu beigetragen, dass der Vorwurf der Engagementferne oder gar der gesellschaftlichen Abkapslung von Menschen mit Migrationshintergrund entkräftigt werden konnte – freilich noch ohne eine abschließende Ausdifferenzierung des Engagementbegriffs, der Themen, Erhebungsmethoden und Messkriterien im Hinblick auf die spezifischen Formen des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund.

Im Folgenden wird zunächst die Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement von Migrant/innen für die Gestaltung von Integrationsprozessen verdeutlicht. In einem zweiten Schritt werden grundlegende Aspekte der kontroversen Fachdiskussion zum Thema vorgestellt. Sowohl in Wissenschaft und Praxis als auch in der Politik ist ein Paradigmenwechsel von einem eher auf die Mehrheitsgesellschaft ausgerichteten, karitativen Ansatz der Engagementförderung hin zur zunehmenden Berücksichtigung der Potentiale des Engagements von Migrant/innen und ihrer Bedeutung für Integrationsprozesse wahrzunehmen. Schließlich stellen wir mit „*gemeinsam engagiert*“ ein Projekt aus Bayern vor, das unseres Erachtens ein Beispiel guter Förderpraxis im Themenfeld liefert und viel versprechende integrations- und engagementpolitische Wege weist.

## **1 Engagement von Migrant/innen und Migrantorganisationen**

Nicht nur das Bürgerschaftliche Engagement von Einheimischen für Migrant/innen, sondern auch das Bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund hat eine lange Tradition und findet in vielfältigen Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe, in Vereinen, in Ausländer-, Migrant- und Integrationsbeiräten und in Projekten statt.

Die häufigste Organisationsform des Bürgerschaftlichen Engagements ist auch bei Migrant/innen der Verein. Laut Sinus Migrant-Milieu-Studie kennen fast alle Befragten Migrant/innen einen Migrantverein, ca. 50% haben schon einmal deren Angebote genutzt, 22% sind aktives oder passives Mitglied und 16% sind in Migrantvereinen aktiv (vgl. Jungk 2010: 10). Die Funktionen von Migrantvereinen sind genauso vielfältig wie ihr Selbstverständnis und ihre inhaltliche Ausrichtung: Migrantvereine bieten Beratung und Unterstützung, sind Freizeit- und Begegnungsstätte und widmen sich der Kulturpflege und der Hilfestellung für neu Zugewanderte genauso wie aktuellen sozialen, politischen und religiösen Themen. Ihre Entwicklungsgeschichte ist eng mit den sich verändernden

Herausforderungen von Migration und Integration verbunden. So orientieren sich Migrantenvereine insbesondere seit Mitte den 1980er Jahren zunehmend an Themen und Anforderungen der bundesdeutschen Gesellschaft und entwickeln entsprechende Angebote und Aktivitäten. Zeitgleich ist auch ein deutlicher Anstieg bei den Gründungen von Migrantenvereinen zu verzeichnen: Von den im Jahr 2001 im Ausländervereinsregister des Bundesverwaltungsamtes registrierten 16.000 Migrantenvereine wurde ein Drittel in den 80er Jahren und 62,5% in den 1990er Jahren gegründet (Hunger 2005: 225)<sup>1</sup>.

Als ethnien-, nationalitäten- und religionenübergreifende Organisationsformen von Menschen mit Migrationshintergrund kommt den rund 400 Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Deutschlands (vgl. Roth 2009: 201) eine besondere Rolle in der Gestaltung von Integrationsprozesse zu. Ihre Gründung ist eng verbunden mit der dauerhaften Niederlassung der sogenannten Gastarbeiter, die ab den 1950er bis in die 1970er Jahre von der Bundesrepublik Deutschland angeworben wurden. Den Kommunen wurde bewusst, dass sie die Bedürfnisse und Probleme von Migrant/innen nicht kannten und die Zugewanderten selbst keine Möglichkeit hatten, ihre Interessen zu artikulieren oder zu vertreten (vgl. Wagner 2000: 37). Vor diesem Hintergrund wurden in den 1970er Jahren die ersten Ausländerbeiräte in der Bundesrepublik gegründet. Beiräte sind in der Regel gewählte Gremien der kommunalen Selbstvertretung von Migrant/innen und Beratungsgremien für Stadtrat, Verwaltung und Öffentlichkeit. Sie engagieren sich für ein demokratisches und gleichberechtigtes Miteinander und bringen ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Kontakte zu den Migrantennetzwerken in die kommunale Integrationsarbeit ein. Beiräte machen auf Problemlagen aufmerksam, engagieren sich mit für ihre Lösungen und leisten wichtiges und wertvolles Engagement für die Gestaltung der Integrationsprozesse in den Städten und Kommunen. Förderlich für ihre (vernetzende) Wirkung ist auch, dass viele Beiratsmitglieder gleichzeitig in Migrantenvereinen aktiv sind und somit dort eine Multiplikatorenfunktion einnehmeninnehaben.

Neben dem Engagement in Migrantenvereinen und Beiräten nimmt auch das Engagement von Migrant/innen in Einrichtungen der Mehrheitsgesellschaft zu. 18% der Befragten der Sinus Migranten-Milieu-Studie sind in Vereinen und Organisationen aktiv, die von Deutschen getragen werden<sup>2</sup>, 12% der dort nicht Aktiven würden sich gerne beteiligen (vgl. Leipp 2010). Vor dem Hintergrund der besonders skeptischen Betrachtung des Engagements von Muslimen in der Bundesrepublik liefert die Studie über „Muslimisches Leben in Deutschland“ erhellende Ergebnisse: So sind 36,6% der befragten Muslime

sowohl Mitglieder in Migrantenvereinen als auch in deutschen Vereinen, 17,9% der Befragten sind ausschließlich in deutschen Vereinen organisiert und lediglich 4,2% ausschließlich in Migrantenvereinen (*Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja* 2009: 257).

Während es zu den organisierten Engagementformen von Migrant/innen inzwischen eine Reihe wissenschaftliche Untersuchungen und Expertisen gibt, ist über das informelle Engagement von Migrant/innen in Nachbarschaften und (ethnischen) Communities bisher nur wenig bekannt: „Das vorherrschende Konzept von Engagement ist durch unsere westeuropäische Sicht geprägt und so häufig auf formelles Engagement in Vereinskontexten reduziert. [...] Menschen mit Migrationshintergrund werden [...] eher informell in Bereichen der gegenseitigen Hilfe und Selbsthilfe und in ihren ethnischen Gemeinschaften aktiv, deren Zielsetzungen auf ihre kulturellen, religiösen und Bildungsbedarfe sowie auf die Erlangung von sozialer und politischer Partizipation ausgerichtet sind“ (Huth 2007: 25). Eine Erweiterung der Forschung in Richtung informelles Engagement würde sicher zu einer differenzierteren und angemesseneren Sicht auf das Bürgerschaftliche Engagement von Migrant/innen führen.

## **2 Die Fachdiskussion zur gesellschaftlichen Bedeutung von Migrantenvereinen**

Die Einordnung und Bewertung des Bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund wurde lange von der kontroversen Diskussion um integrationshemmende und -fördernde Funktionen von Migrantenvereinen dominiert und beeinflusst. Auf der einen Seite wurde die These vertreten, dass ethnische Organisationen die Abgrenzung gegenüber der Aufnahmegesellschaft verstärken und die Segregation durch die Selbstethnisierung fördern. Auf der anderen Seite wurde festgestellt, dass Menschen mit Migrationshintergrund erst durch den Zusammenhalt und die Unterstützung in der eigenen ethnischen Gruppe die Sicherheit und Orientierung erhalten, die notwendig ist, um selbstbewusst in der Aufnahmegesellschaft zu agieren („Integration durch Binnenintegration“; Elwert 1982). In Begriffen der Fachdiskussion um Sozialkapitel (vgl. Braun 2002) bedeutet das, dass dessen „brückenbildende“ nach außen integrativ wirksame Funktion (bridging) seine nach innen bindende Funktion (bonding) im Sinne von Selbstorganisation voraussetzt.

In der Fachdiskussion hat sich in den letzten Jahren eine ressourcenorientierte Perspektive auf Migranten(selbst)organisationen (MSO) durchgesetzt: „Das

Integrationspotenzial von Selbstorganisationen von Menschen mit Migrationshintergrund belegen zahlreiche empirische Untersuchungen, in denen eine differenzierte Sicht auf Wirkungsweisen, Rollen und Funktionen von MSOs zum Ausdruck kommt, die in der Multifunktionalität von MSOs ihren begrifflichen Ausdruck fanden“ (BMFSFJ 2010: 16). Migrant/innen und Migrant\*innenorganisationen werden von Wissenschaft, Forschung und Projektförderung auch zunehmend als Akteure der Zivilgesellschaft<sup>3</sup> wahrgenommen und thematisiert.

Mit diesem Paradigmenwechsel weg von einem eher karitativen, gleichsam paternalistischen Ansatz hin zu einem Konzept, das die aktive Rolle von Menschen mit Migrationshintergrund für die Integrationsprozesse ernst nimmt, stattgefunden.

Damit hat sich auch ein demokratisches Verständnis von Integration durchgesetzt. Dieses zielt auf die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben und verweist auf der Grundlage von Anerkennung und Wertschätzung sozialer und kultureller Vielfalt auch auf die notwendige Wechselseitigkeit der Gestaltung von Integrationsprozessen.

Hiermit eröffnen sich neue Perspektiven für die Gestaltung von Integrationsprozessen. Für engagierte Menschen mit Migrationshintergrund ist damit auch die Hoffnung verbunden, dass eine gemeinsame Gestaltung von Integration auf Augenhöhe möglich wird und das Wissen, Know How und Engagement, das sie in die Gestaltung von Integrationsprozessen einbringen, endlich auch sichtbar gemacht, anerkannt und unterstützt wird. Denn gesellschaftliche Integration setzt voraus, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitwirken zu können. Sie setzt aber auch voraus, dass diese Gestaltung und Mitwirkung auch gesellschaftliche Anerkennung und entsprechende Rahmenbedingungen findet.

In ihrer gemeinsamen Projektarbeit haben sich die Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrant\*innen- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) und das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE) genau das zur Aufgabe gemacht.

### **3 *gemeinsam engagiert* – Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse des Kooperationsprojektes**

Am 1. Juni 2007 startete in erstmaliger Kooperation von AGABY und LBE „Gemeinsam engagiert für eine gemeinsame Zukunft – Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration“ (kurz: *gemeinsam engagiert*) als bayerisches Modellprojekt mit einer

dreijährigen Laufzeit. Finanziert vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge war *gemeinsam engagiert* das erste Projekt auf Landesebene, das in gemeinsamer Trägerschaft einer Migranten- und einer deutschen Organisation stand und sich die Förderung und Unterstützung des Bürgerschaftlichen Engagements von und mit Menschen mit Migrationshintergrund zum Thema machte (vgl. BAMF/Stiftung Bürger für Bürger 2009).

### 3.1 Projektziele

Ziel des Projektes war es, Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration durch Beratung und Informationsvermittlung, durch Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie durch Austausch und Vernetzung zu fördern und zu unterstützen. Der Fokus lag dabei nicht auf der Förderung des Engagements *für* Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auf der Unterstützung des vielfältigen Engagements, das unmittelbar *von* und gemeinsam *mit* Menschen mit Migrationshintergrund in den Kommunen, in Einrichtungen und Vereinen vor Ort ausgeübt wird. Denn bislang erreichten Programme zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements hauptsächlich deutsche Institutionen der Freiwilligenarbeit, wie etwa Wohlfahrts- oder Jugendverbände. Förderprogramme oder Unterstützungsangebote, die speziell für Menschen mit Migrationshintergrund, für Migrantenvereine oder Ausländer- und Integrationsbeiräte konzipiert sind, waren bis dahin die Ausnahme. Dabei zeigen die Erfahrungen aus anderen Themenbereichen der Engagementförderung, dass es hauptamtliche Unterstützung, aktivierende Rahmenbedingungen und Qualifizierungsmöglichkeiten braucht, damit sich die Zielgruppen weiterentwickeln können. Dies gilt für die Menschen mit Migrationshintergrund umso mehr, da sie im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung über weitaus weniger Zugänge zu finanziellen und materiellen Ressourcen, zu Qualifizierungsmöglichkeiten oder auch zu den lokalen und überregionalen Netzwerken der Mehrheitsgesellschaft verfügen, was eine effiziente Entfaltung vorhandener bürgerschaftlicher Potentiale erschwert.

Neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Sichtbarmachung des Bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund war auch die interkulturelle Sensibilisierung und Öffnung von Einrichtungen, Strukturen und Förderprogrammen des Bürgerschaftlichen Engagements Ziel der Projektarbeit. So gab es

zum Zeitpunkt des Projektbeginns nur wenig Berührungspunkte oder gar Kooperationen zwischen Einrichtungen des deutschen Freiwilligensektors und den Engagementformen von Menschen mit Migrationshintergrund. Sie tauchten in den Einrichtungen des Freiwilligensektors zwar verstärkt als Nutzer/innen auf, kaum aber in den Entscheidungsstrukturen. Sowohl im deutschen Freiwilligensektor als auch bei den Migrantenorganisationen hatte und hat also eine interkulturelle Öffnung, wie sie für die Integration notwendig ist, noch längst nicht ausreichend stattgefunden.

### 3.2 Teilprojekte

In vier exemplarischen Teilprojekten kooperierte *gemeinsam engagiert* mit zentralen Zielgruppen und Organisationsformen des Engagements von und mit Menschen mit Migrationshintergrund:

- In Kooperation mit dem Vorstand der AGABY und den kommunalen Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräten Bayerns hat *gemeinsam engagiert* auf Grundlage einer Bedarfserhebung Maßnahmen für die Fortbildung und Weiterqualifizierung – wie etwa Grundlagenseminar zur Einführung in die Beiratsarbeit – sowie zur besseren Vernetzung der Beiräte erarbeitet.
- In Zusammenarbeit mit dem Amt für Kultur und Freizeit und dem Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg entwickelte das Projekt übertragbare Fortbildungsmodulare für die Qualifizierung von Migrantenvereinen (Abendseminare zu Öffentlichkeitsarbeit, Vereinsrecht & Steuern, Veranstaltungsorganisation, Fundraising) und führte sie im Rahmen einer viersemestrigen Fortbildungsreihe für Nürnberger Vereine durch.
- Als Partner im Themenfeld der interkulturellen Öffnung kooperierte das Projekt mit dem Landesverband der Mütter- und Familienzentren in Bayern und konzipierte und initiierte einen Prozess der interkulturellen Öffnung für und mit den Mütterzentren in Germering und Erding. Eingesetzt wurden hierbei interkulturelle Trainings, Impulsworkshops sowie begleitete Arbeitstreffen.
- Die interkulturelle Öffnung, vor allem aber die Sichtbarmachung des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund war zentrales Thema des Projektes „Ingolstädter Brückenbauer“, das in Kooperation mit der Freiwilligenagentur Ingolstadt entwickelt und durchgeführt wurde. Das Projekt umfasste interkulturelles Training, eine gemeinsame Konzeptentwicklung, eine Wanderausstellung über

engagierte Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Erstellung einer Webseite.

Der Konzeption der Aktivitäten und Maßnahmen lag eine örtliche, zielgruppenspezifische Bedarfsanalyse zugrunde, die gemeinsam mit den jeweiligen Kooperationspartnern durchgeführt und ausgewertet wurde.

Die vier Teilprojekte konnten in der dreijährigen Laufzeit nur exemplarisch bearbeitet werden. Im Dienste ihrer fortdauernden Umsetzung sowie der Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Träger und Einrichtungen wurden Ergebnisse und Erfahrungen des Modellprojektes fortlaufend online und abschließend in einer schriftlichen Projektdokumentation (siehe [www.gemeinsam-engagiert.net](http://www.gemeinsam-engagiert.net)) festgehalten.

### **3.3 Ergebnisse: Handlungsfelder integrationsfördernder Engagementpolitik**

Zu den wichtigsten Ergebnissen und Erkenntnissen der Projektarbeit zählen unter anderem folgende Punkte:

- Es besteht ein großer Bedarf an Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten bei Beiräten und Migrantenvereinen. Die Angebote müssen allerdings dezentral, zielgruppenspezifisch, kostengünstig und den zeitlichen Ressourcen Ehrenamtlicher angepasst sein. Inhalte und Ausgestaltung der Fortbildungsmodule müssen gemeinsam mit Multiplikator/innen aus den Zielgruppen sowie den Referent/innen entwickelt werden.
- Es gibt einen großen Nachholbedarf bei der Interkulturellen Öffnung (IKÖ) von Einrichtungen der Freiwilligenarbeit. Insbesondere müssen Konzepte zur IKÖ von ehrenamtlich geführten Einrichtungen mit ihren begrenzten Ressourcen entwickelt und die Akteur/innen für die Notwendigkeit der IKÖ sensibilisiert werden.
- Die Sichtbarmachung des Engagements von Migrant/innen ist ein wirkungsvoller Weg zur Sensibilisierung der Mehrheitsgesellschaft für die identitätsstiftende und die gesellschaftliche Bedeutung des Engagements von Migrant/innen und Migrantenorganisationen.
- Eine Nachhaltigkeit der Projektarbeit ist am ehesten bei frühzeitiger Kooperation mit bzw. Einbindung von relevanten Trägern und Einrichtungen vor Ort gewährleistet.
- In einer gemeinsamen Projektträgerschaft ist eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe



nur möglich, wenn das strukturelle Ungleichgewicht zwischen dem etablierten (deutschen) Träger und der Migrantenorganisation wenigstens dahingehend ausgeglichen wird, dass auch in die notwendige Infrastruktur der Migrantenorganisation investiert wird.

### 3.4 Trägerschaft

Das besondere Augenmerk der (Fach-)Öffentlichkeit richtete sich immer wieder auf die modellhafte Trägerschaft des Projektes durch AGABY und LBE. Die gemeinsame Trägerschaft einer Migrantenorganisation und einer deutschen Einrichtung spiegelte zugleich die interne Struktur, den inhaltlichen Ansatz und die Zielsetzung des Projektes wider: Integration gemeinsam und auf Augenhöhe zu gestalten. *gemeinsam engagiert* konnte somit auf die Potentiale beider Seiten zurückgreifen und profitierte dabei gerade auch vom beispielhaften Engagement der Menschen mit Migrationshintergrund bei der Gestaltung der Integrationsprozesse in Bayern. Das Kooperationsprojekt stand damit für eine Integrationsphilosophie, die nicht nur von einem offenen und gleichberechtigten Umgang sprach, sondern sie auch auf allen Ebenen der Zusammenarbeit, von der strategischen Steuerung bis zum Alltagsgeschäft, lebte.

### 4 Fazit

Die dreijährige Projektarbeit von AGABY und LBE hat gezeigt, dass das Bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund gerade auch im Bereich Integration vielfältig und groß ist. Zu einer Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und damit auch der Gestaltung von Integrationsprozessen bedarf es daher weniger der Motivierung für mehr Engagement, sondern vielmehr

- verbesserter Rahmenbedingungen,
- einer verbesserten Anerkennungskultur,
- der Interkultureller Öffnung bestehender Einrichtungen der Mehrheitsgesellschaft
- und eines Ausgleichs struktureller Ungleichheiten.

In Positionspapieren und Konzepten der Wissenschaft und Politik (z.B. Nationaler

Integrationsplan, Bundesweites Integrationsprogramm, Nationales Forum Engagement und Partizipation) wurden dazu in letzter Zeit konkrete Empfehlungen entwickelt. Um die Rolle von Migrantenorganisationen als Akteure der Integrationsförderung zu stärken, empfiehlt beispielsweise das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den "Auf- und Ausbau tragfähiger Strukturen für die Integrationsarbeit von Migrantenorganisationen" (Bundesministerium des Innern / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.) 2010: 119ff.). In Bezug auf seine eigene Projektmittelvergabe hat das BAMF selbst praktische Konsequenzen gezogen und mittels adressatengerechter Information und Beratung dazu beigetragen, den Anteil von Migrantenorganisationen an geförderten Projektträgern innerhalb von zwei Jahren zu verdreifachen. Allerdings ist dies eine bemerkenswerte Ausnahme.

Zwischen den Empfehlungen und dem integrationspolitischen Alltag liegen allerdings immer noch Welten: So gibt es nach wie vor zahlreiche Beispiele dafür, wie ehrenamtliche Vertreter/innen von Migrantenorganisationen in hauptamtliche Gremien der Integrationsarbeit und -politik auf kommunaler oder Landesebene berufen werden, ihr Engagement, ihr Know How und ihre Erfahrungen gerne abgefragt werden, sie aber ihre Fahrtkosten und Auslagen privat leisten müssen. Doch nicht nur auf Auslagenerstattung müssen die ehrenamtlichen Protagonisten der Integrationsarbeit oftmals verzichten, vielmehr wird ihren Trägervereinen allzu oft auch die verlässliche Förderung einer Infrastruktur mit hauptamtlichen Stellen verwehrt. Das Ehrenamt der Migrantenorganisationen wird in der Regel also nicht vom Hauptamt flankiert und unterstützt. Als struktureller Nachteil erweist sich diese fehlende Förderung oftmals auch in den sogenannten Tandemprojekten zwischen einer (etablierten) deutschen und einer Migrantenorganisation: In einer gleichberechtigten Partnerschaft muss diese Zusammenarbeit auf Augenhöhe erfolgen. Das ist nicht gegeben, wenn nur in die Funktionsfähigkeit des etablierten Trägers investiert wird.

Für die betroffenen Migrantenorganisationen entsteht hier nicht zu selten der Eindruck von Instrumentalisierung: Ihr Wissen, ihre Kompetenzen, ihr Know How und ihre Zugänge zu den Migrantencommunities werden, so scheint es, von den etablierten Trägern der Mehrheitsgesellschaft abgeschöpft, während die Migrantenorganisationen nach der Projektträgerschaft wieder mit leeren Händen dastehen. Ein Paradigmenwechsel in der Strukturförderung wäre also auch hier grundlegende Voraussetzung für eine tatsächlich gleichberechtigte Beteiligung.

Marion Bradl ist Projektkoordinatorin und Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY), Kontakt:

bradl@agaby.de

Torsten Groß ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE) / Institut für soziale und kulturelle Arbeit Nürnberg (ISKA), Kontakt:

gross@iska-nuernberg.de

Gemeinsame Projekte der AGABY und des LBE:

Gemeinsam engagiert – Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration (6/2007-5/2010). [www.gemeinsam-engagiert.net](http://www.gemeinsam-engagiert.net)

Empowerment und Partizipation – Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung von Migrant\*innenorganisationen in Bayern (6/2010-5/2013).

[www.partizipation-in-bayern.de](http://www.partizipation-in-bayern.de)

## Literatur

*Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007:*

Nationaler Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen, Berlin

(<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf>; aufgerufen am 14.7.2011).

*Braun, Sebastian 2002: Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit.*

Integrationsdiskurse zwischen Hyperindividualismus und der Abdankung des Staates. In: Bundeszentrale für Politische Bildung: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 29-30 / 2002).

([www.bpb.de/publikationen/6ME8WR,0,Soziales\\_Kapital\\_sozialer\\_Zusammenhalt\\_und\\_soziale\\_Ungleichheit.html](http://www.bpb.de/publikationen/6ME8WR,0,Soziales_Kapital_sozialer_Zusammenhalt_und_soziale_Ungleichheit.html); aufgerufen am 15.6.2011)

*Bundesministerium des Innern / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.) 2010:*

Bundesweites Integrationsprogramm. Angebote der Integrationsförderung in Deutschland – Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung

([http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2010/integrationsprogramm.pdf;jsessionid=8644235817EE6B4A6FCFE591BE51CEBD.1\\_cid156?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2010/integrationsprogramm.pdf;jsessionid=8644235817EE6B4A6FCFE591BE51CEBD.1_cid156?__blob=publicationFile); aufgerufen am 14.7.2011)

*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2010:*

Forschungsstudie Migrantinnenorganisationen in Deutschland. Berlin  
 (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Migrantinnenorganisationen-in-Deutschland-Abschlussbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>; aufgerufen am 14.7.2011).

*Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja 2009: Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht Nr.6.*

*Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)/Stiftung Bürger für Bürger 2009: Engagiert für Integration – Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus 16 Modellprojekten zum interkulturellen bürgerschaftlichen Engagement. Nürnberg/Berlin. (<http://www.integration-in-deutschland.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publikationen/Integrationsprogramm/EngagiertFuerIntegration,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/EngagiertFuerIntegration.pdf>; aufgerufen am 14.7.2011).*

*Elwert, Georg 1982: Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4/1982, S. 717-731.*

*Hunger, Uwe 2005: Ausländervereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters. In: Weiss, Karin/Thränhardt, Dietrich (Hg.): Selbsthilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen. Freiburg i. Br., S. 211- 244.*

*Huth, Susanne 2007: Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten – Lernorte und Wege zu sozialer Integration. Frankfurt ([http://www.inbas-sozialforschung.de/download/0705\\_BE\\_Migranten\\_Lernorte\\_Integration\\_SHuth.pdf](http://www.inbas-sozialforschung.de/download/0705_BE_Migranten_Lernorte_Integration_SHuth.pdf); aufgerufen am 14.7.2011).*

*Jungk, Sabine 2010: Migrantenselbstorganisation: Formen, Aktivitäten, Potenziale und Wege des Empowerments. In: Deutscher Caritasverband (2010): Migrantinnenorganisationen – ein Schlüssel zur selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Dokumentation des Expertenworkshops, Fulda, 23./24. März 2010, Freiburg, 9-21.*

*Leipp, Thomas 2010: Migrantinnenorganisationen – Bekanntheit, Nutzung, Erwartungen. In: Deutscher Caritasverband (2010): Migrantinnenorganisationen – ein Schlüssel zur selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Dokumentation des Expertenworkshops, Fulda, 23./24. März 2010, Freiburg, 42-57*

([http://www.caritas.de/aspe\\_shared/download.asp?id=10CBA120C6F459DD000D30B63BAB9D8437E8CF24264FF86F7099EE8AB90FE4038CFA3D802F3ED97CFE075E6521F59007&Description=Dokumentation%20des%20Expertenworkshops%20vom%20M%E4rz%202010&Filename=Doku\\_Expertenworkshop\\_Migrantenorganisationen\\_2010.pdf](http://www.caritas.de/aspe_shared/download.asp?id=10CBA120C6F459DD000D30B63BAB9D8437E8CF24264FF86F7099EE8AB90FE4038CFA3D802F3ED97CFE075E6521F59007&Description=Dokumentation%20des%20Expertenworkshops%20vom%20M%E4rz%202010&Filename=Doku_Expertenworkshop_Migrantenorganisationen_2010.pdf); aufgerufen am 14.7.2011).

*Naumann, Siglinde / Klein, Ansgar* 2010: Zur Partizipation von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement. In: gemeinsam engagiert – Bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration. Projektdokumentation der AGABY und des LBE. Mai 2010. Nürnberg, 27-30 ([http://www.gemeinsam-engagiert.net/fileadmin/ge/Abschlussdoku/Dokumentation\\_gemeinsam\\_engagiert\\_gesamt.pdf](http://www.gemeinsam-engagiert.net/fileadmin/ge/Abschlussdoku/Dokumentation_gemeinsam_engagiert_gesamt.pdf); aufgerufen an 14.7.2011).

*Roth, Roland* 2009: Integration durch politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. In: Gesemann, Frank/ Roth, Roland (Hg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft – Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, 195-215.

*Wagner, Marc* 2000: Der Ausländerbeirat. Frankfurt a.M., Europäischer Verlag der Wissenschaften.

## <sup>1</sup>Anmerkungen

<sup>1</sup>Zur Definition von Ausländervereinen: § 14 Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts – Vereinsgesetz (VereinsG): „(1) Vereine, deren Mitglieder oder Leiter sämtlich oder überwiegend Ausländer sind (Ausländervereine), können über die in Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes genannten Gründe hinaus unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 verboten werden. Vereine, deren Mitglieder oder Leiter sämtlich oder überwiegend ausländische Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union sind, gelten nicht als Ausländervereine.“ Laut Vereinsgesetz (§19-21) müssen Ausländervereine den örtlichen Behörden Auskunft über ihre Tätigkeit sowie über alle Änderungen der Satzung, der Vorstandsmitglieder (incl. der jeweiligen Anschriften) geben. Wenn sie sich politisch betätigen, müssen sie auf Verlangen der zuständigen Behörden auch Auskunft über Namen und Anschrift ihrer Mitglieder sowie über Herkunft und Verwendung ihrer Mittel geben. Die örtlichen Behörden geben die Daten dann gemäß § 22 an das Bundesverwaltungsamt weiter.

<sup>2</sup> Zum Vergleich: Nur 16% sind in Migrantenvereinen aktiv engagiert. Beispielhaft genannt seien hier erfolgreiche Projektansätze wie Stadtteilmütter ([www.stadtteilmuetter.de](http://www.stadtteilmuetter.de)) oder "Migranten für Migranten", (MiMi) genannt ([www.bkk-bv-gesundheit.de/bkk-promig](http://www.bkk-bv-gesundheit.de/bkk-promig)).

<sup>3</sup> So auch der Titel einer Tagungsreihe des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement.